Vortrag: Wolfgang Vogel

Vorsitzender des Kuratoriums Naturschutzgeschichte Schleswig-Holstein
Direktor a.D. des Landesamtes für Natur und Umwelt/ Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume Schleswig-Holstein

Festsymposium
50 Jahre Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein

Naturschutz gestern –heute –morgen

Freitag, den 20.Juni 2025

Drathenhof, Molfsee

Lieber Ulrich Irmler, liebe LNVlerInnen und LNVler,

liebe Mitgäste,

als Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Naturschutzgeschichte Schleswig-Holstein, die 2020 gegründet wurde, und auch als ehemaliger Verantwortlicher des Landesamtes für Natur und Umwelt und des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein gratuliere ich dem Landesnaturschutzverband ganz herzlich zum 50- jährigen Jubiläum.

Der Landesnaturschutzverband hat mit seinen Mitgliedsverbänden den Naturschutz in Schleswig-Holstein in den 50 Jahren wesentlich mitgestaltet und geprägt. Eine herausragende Gemeinschaftsleistung des LNV und seiner der Mitgliedsverbände für den Schutz, die Erhaltung und die Wiederherstellung der Natur, eine der vorrangigsten Aufgabe der Gesellschaft, auch in unserem Bundesland Schleswig-Holstein. Ich danke den Vertreterinnen und Vertreter der Verbände des LNV und denen in ihnen organisierten Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern für diesen Einsatz über fünf Jahrzehnte. Mit der von Ihnen eingesetzten Energie und Kompetenz, haben sie einen fundamentalen Beitrag für unsere Zukunft geleistet.

Ich danke auch den Vorständen des LNV hier, Ulrich Irmler und insbesondere auch Volkher Looft, die mit ihren Vorstandskolleginnen und – kollegen die Arbeit des

Landesnaturschutzverbandes in den letzten Jahrzehnten geprägt haben. In den Dank beziehe ich auch gerne die Geschäftsstelle des LNV mit ein. Sie war mit unterschiedlichen Geschäftsführungen, aktuell Iris Pretzlaff- und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer kompetente Anlaufstelle.

50 Jahre Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein eine Besonderheit auch auf Bundesebene, denn einen Landesnaturschutzverband auf Bundesebene gibt es nur noch in Baden-Württemberg. Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg wurde bereits 1971 gegründet. Er feierte 2021 sein 50 -jähriges Jubiläum unter dem Motto „Zwischen Frust und Freude – 50 Jahre Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg“. Ich schätze, dass damit auch die Gefühlslage von ehrenamtlichen Naturschützerinnen und Naturschützern im LNV in Schleswig-Holstein über die Jahre ihrer Naturschutzarbeit in Schleswig-Holstein zutreffend beschrieben ist.

Meine Damen und Herren, woran kann die „Bedeutung der Arbeit des LNV für den Naturschutz in Schleswig-Holstein“ festgemacht werden. Ich werde versuchen die Arbeit des LNV und die damit verbundenen Leistungen für den Naturschutz in Schleswig-Holstein einzuordnen und nehme dazu exemplarisch Bezug auf politisch-gesellschaftliche und fachliche Anknüpfungspunkte in den zurückliegenden Jahrzehnten.

Ich gehe dazu in das Jahr 1992. Das „Programm Biologischer Naturschutz“ des damaligen Ministers für Natur, Umwelt und Landesentwicklung des Landes Schleswig-Holstein, Prof. Dr. Dr. Berndt Heydemann, aus dem Jahr 1992 enthält eine fachpolitische Analyse zur ehrenamtlichen Arbeit im Naturschutz und Ziele für die zukünftige Verbandsarbeit, die auch für den LNV Relevanz hat:

„Die derzeitige Situation des biologischen Naturschutzes in der gesellschaftlichen Diskussion kann zu einem erheblichen Teil als ein Verdienst der Naturschutzverbände angesehen werden. Die Bürger trauen den Naturschutzverbänden häufig eine große Problemlösungskompetenz zu. Ohne die kontinuierliche Arbeit der Verbände in der Öffentlichkeit wäre nicht nur die Position des biologischen Naturschutzes, sondern auch die der übrigen Umweltbereiche in der Bevölkerung, in der Politik und in den Medien vermutlich heute weniger verankert.

Eine erfolgreiche Verbandsarbeit war in der Vergangenheit oft das Verdienst ungewöhnlicher und engagierter Persönlichkeiten oder Gruppen, denen der Natur- und Umweltschutz zum wesentlichen Lebensinhalt wurde. Inzwischen ist es einigen Verbänden gelungen, sich institutionell abgesicherte Organisationsformen zu schaffen, wie z. B. dem Landesnaturschutzverband (LNV). Der direkte Einfluss auf administratives legislatives Handeln ist damit erleichtert worden.

Die verschiedenen Möglichkeiten der Stärkung des ehrenamtlichen Natur- und Umweltschutzes wurden in der Vergangenheit nicht überall im wünschenswerten Umfang genutzt. So gibt es in manchen Bereichen noch erhebliche Beteiligungsdefizite. Auf Landesebene war die formale Gleichstellung des Landesnaturschutzverbandes mit den Trägern öffentlicher Belange im nichtöffentlichen Teil der besonderen Verwaltungsverfahren ein wichtiger Fortschritt. Die ständige Hinzuziehung des Landesnaturschutzverbandes in allen Natur— und Umweltfragen zusammen mit anderen wichtigen Verbänden, wie den nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Verbänden, ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung.

Die durch erfolgreiche Arbeit gestiegene Wertschätzung der Naturschutzverbände und die zunehmende breite Akzeptanz dieser Verbandsarbeit in der Bevölkerung hat für die Verbände die Folge und den Zwang zur verbesserten Organisation und zu einem kontinuierlichen Einsatz und damit zur Professionalisierung.

Die Mitgliederzahlen der meisten Verbände sind in den letzten Jahren unterschiedlich angestiegen. Der erhöhte Anspruch der Mitglieder auf Betreuung und Information verstärkt den verbandsinternen Aufwand. Der Zeit- und Arbeitsaufwand für die Meinungsbildung innerhalb des Verbandes sowie die Mitgliederinformation und —weiterbildung und für Projektplanung und Durchführung ist erheblich erhöht. Damit sind auch die Kosten entsprechend gestiegen. Die Professionalisierung mit der Führung von hauptamtlich gelenkten Geschäftsstellen ist für die größeren Verbände nötig aber sehr schwierig machbar.

Teilweise sind vereinsinterne Spannungen dadurch vorhanden, dass die Mittel für ein hauptamtliches Verbandsmanagement trotz allem fehlen. Aus manchen überwiegend individuell geprägten Gruppen der Vergangenheit wurden im Zuge des wachsenden Umweltbewusstseins teilweise ökologische Großorganisationen, denen aber oft die kontinuierliche und finanzielle Basis — namentlich auch für schnelle und umfassende Stellungnahmen zu staatlichen und kommerziellen Planungen fehlt. Eine größere finanzielle Unterstützung der Verbände ist erforderlich, da sie wesentliche Teile des Naturschutzes übernommen haben.

Von den Verbänden wird auch die Neigung im Bildungsbereich beklagt, sich der Naturschützer in großem Umfang für die Vermittlung ökologischer Inhalte zu bedienen, ohne dafür die entsprechende finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Die zentrale Belastung des Landesnaturschutzverbandes mit der Erledigung gesetzlich vorgegebener Aufgaben, die allgemein zunehmende Verbandsbeteiligung, eine nicht aufgefangene Zersplitterung im § 29— Verbandsbereich, die weitgehende Ausführung von Betreuungsaufgaben im Naturschutzbereich durch Verbände, die wachsende Notwendigkeit

überzeugender Aufklärungsarbeit angesichts wachsender Nutzungskonflikte, aber auch wachsender Qualifikation der Konfliktpartner, führen zu großen Belastungen und Schwierigkeiten für die Verbände. Der verbandsbezogene Naturschutz steht daher in weiten Bereichen an einem notwendigen Wendepunkt zur Konzentration und zur Professionalisierung.

Gleichzeitig haben die zunehmende Aufnahme ökologischer Themen in die administrative und politische Tätigkeit, sowie die Erfolge des schleswig-holsteinischen Natur—und Umweltschutzes durch Schaffung neuer Strukturen, wie z. B. des Ministeriums für Natur, Umwelt und Landesentwicklung auch zur gelegentlichen falschen Einschätzung in der Öffentlichkeit geführt, dass intensive Verbandsarbeit nicht mehr in gleichem Maße notwendig sei.

Für notwendige Neustrukturierung und Umorganisation der Verbandsarbeit und die langfristige Absicherung derselben, benötigen die Verbände vielseitige öffentliche Hilfe. Angesichts der bedeutenden gesellschaftlichen Leistungen, der Abdeckung vieler staatlicher Defizite und der umfänglichen institutionalisierten staatlichen Förderung anderer Vereine und Verbände außerhalb des Naturschutzbereiches, haben die Natur- und Umweltverbände einen gut begründeten Anspruch auf solche finanzielle und ideelle Hilfe der öffentlichen Hand.

Die Einbindung ökologischer Kenntnisse über die Gesetzmäßigkeiten der Natur in die eigenen Lebensvorstellungen und in Forderungen an Gesellschaft und Politik muss mehr als bisher zu einer Selbstverständlichkeit für jeden Bürger werden. Aktive Demokratie kann nur über Teilhabe und Einfluss des einzelnen auf Meinungsbildungs—und Entscheidungsprozesse von Gremien und Organisationen, z.B. durch die Umweltbildung in das eigene Denk- und Entscheidungsrepertoire einbezogen werden können (Programm Biologischer Naturschutz von 1992, S. 105 ff).“

Aus meiner Sicht eine sachgerechte politische Analyse zum Zustand des Naturschutzes in Schleswig-Holstein im Jahr 1992 mit einem klaren Bekenntnis zur ehrenamtlichen Arbeit des LNV und seiner Mitgliedsverbände, verbunden mit einer Wertschätzung der von ihnen geleisteten Arbeit für die Gesellschaft.

Im Bericht zur Lage von Natur und Umwelt in Schleswig-Holstein der Ministerin für Natur und Umwelt Schleswig-Holstein aus dem Jahr 1995, wird die naturschutzpolitische Zielsetzung des „Programm biologischer Naturschutz“ und die Wertigkeit der ehrenamtlichen Arbeit der Naturschutzverbände für den Naturschutz in Schleswig-Holstein zur nochmals bekräftigt:

„Schon sehr früh wurde die Naturschutzverwaltung durch ehrenamtliche Kräfte als Mittler zwischen den Naturschutzverbänden, der Öffentlichkeit und den Naturschutzbehörden unterstützt. Die Naturschutzverbände haben sich als

wesentlicher Träger fachwissenschaftlicher, praktischer und ideeller Naturschutzarbeit im Lande erwiesen. Durch die Paragraph 51 und den folgenden Paragraphen des Landesnaturschutzgesetzes (1993) sind die Mitwirkungsrechte der Verbände wesentlich gestärkt worden. Die Tätigkeit der Naturschutzverbände hat sich über die traditionelle Mitwirkung bei der Vorbereitung von Verordnungen und anderen Rechtsvorschriften, bei der Aufstellung von Landschaftsplänen und -programmen, bei der Befreiung von Ver- und Geboten im Zusammenhang mit Naturschutzgebieten oder Nationalparken oder bei Planfeststellungsverfahren kontinuierlich weiterentwickelt und bewährt*

Der ehrenamtliche Naturschutz hat heute in seiner fachlichen Zuarbeit der praktischen Naturschutzarbeit und der Umweltbildungsarbeit über verbandsinterne, aber auch verbandsübergreifende Fortbildung einen hohen Stellenwert innerhalb des Landes Schleswig-Holstein. Nach dem Landesnaturschutzgesetz bilden die Verbände einen Landesnaturschutzverband (LNV), der neben eigenen Mitwirkungsrechten an Verfahren und bei der Aufstellung von Programmen und Plänen auch Koordinierungsfunktionen ausüben soll (S. 38 f).“

Die zur Stärkung der Zusammenarbeit des haupt- und ehrenamtlichen Naturschutzes in den fachpolitischen Papieren genannten Elemente sind verwirklicht. Die Möglichkeit der Verbandsklage wird genutzt, um die Belange des Natur- und Umweltschutzes in den Verfahren zu sichern. Die damals als notwendig erkannte Professionalisierung der Verbandsarbeit ist gerade auch für den LNV unter den heutigen gesellschaftlichen Gegebenheiten unverzichtbar, um die Bandbreite der im LNV versammelten unterschiedlichen Kompetenzen nutzbar zu machen und sie in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Für den Bildungsbereich ist mit der Errichtung einer Akademie für Natur und Umwelt (heute: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume (BNUR) eine Bildungseinrichtung geschaffen worden, die dem LNV und seinen Verbänden als kompetente aktive Partnerin Unterstützung gibt.

Das politische Ziel, eines Landesnaturschutzverbandes, der alle Vereine und Verbände des Natur- und Umweltschutzes in Schleswig-Holstein unter seinem Dach zusammenführt, ist nicht erreicht. Der Landesverband des NABU und des BUND Schleswig-Holstein sind nicht Mitglied im Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein. Der notwendigen naturschutzpolitischen Zusammenarbeit tut das aus meiner Sicht keinen Abbruch. Dies wird in einigen Kampagnen, auf die ich noch eingehen werde, auch für die Öffentlichkeit sichtbar.

Die ehrenamtliche Arbeit des LNV und seiner Mitgliedsverbände hat in den Jahrzehnten auch in der Naturschutzverwaltung des Landes Wertschätzung erfahren. Der Fach- und Meinungsaustausch mit dem LNV und seinen Verbänden erfolgte kontinuierlich und zusätzlich auch Anlass bezogen. Ich weiß, dass manchmal wichtige fachliche und teilweise damit auch verbundene naturschutzpolitisch Fragen zwischen den ehren- und hauptamtlichen Protagonisten vertrauensvoll miteinander abgestimmt wurden.

Der LNV vertritt als Dachverband aktuell 26 Vereine und Verbände mit 170000 Mitgliedern (Stand 2025) und repräsentiert das ganze Spektrum der für den Naturschutz im Lande engagierten Menschen. „Diese Vielfalt, vom Botaniker, Ornithologen bis zum Jäger und Tierschützer, ist unsere Stärke. Sie bietet die Basis von differenzierten Fachkenntnissen, auf die der LNV aufbaut und sich sachgerecht für den Natur- und Umweltschutz einsetzt. VIELE MEINUNGEN, EINE STIMME“ ist das Motto LNV.

Sichtbar wird die fachliche Kompetenz und das ehrenamtliche Engagement zum Beispiel in der in der Betreuungsarbeit der Vereine und Verbände des LNV. In rund einem Drittel der 203 Naturschutzgebiete im Land Schleswig-Holstein (Stand Dezember 2022) engagieren sich ganzjährig Mitgliedsvereine und -verbände des LNV in der Betreuungsarbeit.

„Die Verwirklichung der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes in geschützten Teilen von Natur und Landschaft kann nur erreicht werden, wenn die Naturschutzbehörden durch eine freiwillige Mitarbeit der Naturschutzvereine und -verbände, anderer privater und öffentlicher Einrichtungen und naturverbundener Bürger bei der fachlichen Betreuung dieser geschützten Gebiete unterstützt werden. Folgende Aufgabenbereiche sind umfasst:
- Erfassung und Dokumentation der Entwicklung des Schutzgegenstandes und der Tier- und Pflanzenwelt sowie ihrer Ökosysteme,
- Vorschläge zur Verbesserung der Wirksamkeit der durch die Naturschutzbehörde getroffenen Regelungen und Maßnahmen unterbreiten,
- Ausführung von geeigneten Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im geschützten Gebiet nach Genehmigung durch die zuständige Naturschutzbehörde,
- Information der Öffentlichkeit über das Schutzgebiet sowie
- jährlich hierüber einen Betreuungsbericht erstellen (Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen der Betreuung geschützter Gebiete - Betreuungsrichtlinie-
Bekanntmachung des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) vom ' Februar 2017 -V 509 063.09-5326.11-4., Ziff. 1.1.,2.1).

Auf den vom LANU/ LLUR in meiner Dienstzeit veranstalteten Betreuertagungen war spürbar, dass die Betreuungsarbeit in den Naturschutzgebieten von den Mitgliedern des LNV mit ganzem Herzen und vollem Einsatz durchgeführt wurde. Ich kann mich auch noch an manche fachliche Diskussion zur Wirksamkeit von vorgegebenen Maßnahmen erinnern, die mit hoher Kompetenz ausgetragen wurden. In der Regel haben wir in der Sache Lösungen gefunden. Die Anfertigung der jährlichen Betreuungsberichte erschien mir manchmal für die Betreuerinnen und Betreuer mehr Last zu sein als manche Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahme im geschützten Gebiet. Die 90% Förderung der Aufwendungen durch das Land Schleswig-Holstein für die Betreuungsarbeit deckt zwar einen großen Teil der Kosten ab, hinterlässt jedoch einen eigenen Geldeinsatz. Da der Naturschutz eine die Generationen übergreifende Aufgabe ist, sollte die ehrenamtliche Leistung der Vereine und Verbände für die Gesellschaft zu 100% honoriert werden. Ich bin mir sicher, dass dies eine Investition in die Zukunft ist. Verfügbare Mittel könnten bei den

Vereinen und Verbänden beispielsweise für Nachwuchs- und Bildungsarbeit eingesetzt werden.

Ein weiterer Baustein in der Arbeit des LNV ist die Mitwirkung des LNV und einiger seiner Verbände als anerkannte Naturschutzvereinigung nach § 63 f BNatSchG, §§ 40, 41 LNatSchG.

Ich zitiere aus dem Papier der AG 29 unter dem Dach des LNV:

„Um diesen gesetzlichen Auftrag besser erfüllen zu können und die Mitglieder in ihrer Arbeit zu unterstützen und zu entlasten, wurde im Jahr 1994 die AG-29 als Kooperation des LNV mit seinen anerkannten Mitgliedsverbänden gegründet. Die Bezeichnung „AG-29“ bezieht sich auf den damaligen § 29 BNatSchG, der die Beteiligung der Naturschutzverbände regelte. Die Bezeichnung wurde als „Erkennungsmarke“ beibehalten. Der Gründungskreis bestand aus fünf Kooperationspartnern, derzeit sind neben dem LNV die folgenden acht anerkannten Naturschutzverbände in der AG-29 vertreten:

- AG Geobotanik in Schleswig-Holstein und Hamburg e.V.
- Faunistisch-Ökologische Arbeitsgemeinschaft e.V.
- Landesangelverband Schleswig-Holstein e.V.
- Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V.
- Schutzstation Wattenmeer e.V.
- Schleswig-Holsteinischer Heimatbund e.V.
- Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
- Verein Jordsand zum Schutz der Seevögel und der Natur e.V.

Das Ziel ist die Erarbeitung gemeinsamer Stellungnahmen. In diese Stellungnahmen fließt das Fachwissen der Mitgliedsverbände ein und stellt deren fachliche Qualität sicher. Durch diese Vorgehensweise der gemeinsamen Stellungnahme werden naturschutzfachliche Anliegen aus unterschiedlichen „Blickwinkeln“ berücksichtigt und im weiteren Verlauf in der Planung thematisiert. Einzelverbände können aufgrund des hohen Arbeitsbedarfes Stellungnahmen in dieser „kompakten“ Form nur schwerlich erbringen.
Darüber hinaus haben sich sowohl die Anzahl (1994 ca. 400 Verfahren / 2024 ca. 1.400 Verfahren pro Jahr) als auch der Umfang (u. a. zahlreiche Großprojekte wie z.B. Elbvertiefung, Ausbau Nord-Ostsee-Kanal, Feste Fehmarnbelt-Querung, Leitungstrassen) der Beteiligungsverfahren seit Bestehen der AG-29 erheblich vergrößert. Neben den täglich eingehenden Verfahren zur Bauleitplanung ist in den letzten Jahren insbesondere die Zahl der Verfahren zur Errichtung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen kontinuierlich gestiegen.

Die Vorteile gegenüber Planungsträgern und Behörden bestehen in der gemeinsamen Vertretung der Umwelt- und Naturschutzinteressen mit einer Ansprechstelle (statt bis zu neun). Für die Kooperationspartner wird durch Bündelung und „Vereinfachung“ der

Arbeit, Dienstleistungen der Geschäftsstelle (Sichtung und Erfassung von Verfahrenseingängen, Vorbereitung und Erarbeitung der Stellungnahmen, Teilnahme an Scoping-Terminen, Erörterungen, Verfahrensbegleitung, ggf. Prüfung rechtlicher Schritte) eine Zeit- und Kostenersparnis bewirkt."

Der LNV hat durch die Ausübung der ihm und den anerkannten Verbänden eingeräumten Mitwirkungsrechte mit seinem unabhängigen Sachverstand für eine effektive und effiziente Berücksichtigung von Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege über drei Jahrzehnte gesorgt und damit den Zweck der naturschutzrechtlichen eingeräumten Mitwirkung zuverlässig erfüllt. Sorge macht mir, ob die effektive und effiziente Mitwirkung der Verbände erhalten bleibt. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung von CDU/CSU und SPD führt dazu im Abschnitt - Vereinfachung Infrastrukturvorhaben- (Ziffer 2122 ff Koalitionsvertrag) aus: „Darüber hinaus wollen wir auf nationaler und EU-Ebene eine Reduzierung und Vereinfachung der materiellen Anforderungen an Infrastrukturvorhaben erreichen. Das Verbandsklagerecht vor Verwaltungsgerichten werden wir reformieren, straffen und auf die tatsächliche Betroffenheit ausrichten. Wir werden es bis auf das europarechtliche Mindestmaß absenken und durch Initiativen der Bundesregierung auf eine weitere internationale Reduzierung hinwirken."

Das BVerwG hat in einer Grundsatzentscheidung vom 31.10.1990- 4 C 7.88, BVerwGE 87,62 zur Beteiligung der anerkannten Verbände ausgeführt:,, Der Gesetzgeber hat mit der Regelung über die Beteiligung der anerkannten Verbände das öffentliche Interesse an Naturschutz und Landschaftspflege in begrenztem Umfang subjektiviert", damit es verstärkt in die in § 29 *Abs.* 1 Nr. 1 bis 4 BNatSchG genannten Verfahren und Entscheidungen eingebracht werden kann ... Der Gesetzgeber hat die Berücksichtigung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege allein durch die zuständige Behörde als nicht ausreichend angesehen; er hat deshalb zusätzlich die Rechtsfigur des anerkannten Naturschutzverbandes geschaffen und diesem mit der Anerkennung die Vertretung der Ziele von Naturschutz und Landschaftspflege in bestimmten Verfahren…als besondere Aufgabe und insoweit auch als materielle Rechtsposition anvertraut, ohne damit freilich die jeweils zuständigen Behörden von der Wahrung der Belange des Naturschutzes zu entbinden,"

„Die Beteiligung von Vereinigungen soll der Behörde nach der amtlichen Begründung zur Vorläufervorschrift des § 58 BNatSchG 2002 zusätzliche Informationen liefern und Vollzugsdefizite vermindern. Die amtliche Begründung sagt zu diesem Motiv: Die Einholung von externem, nicht einseitig an nutzungsbezogenen, beruflichen oder anderen nicht auf den Naturschutz ausgerichteten Interessen orientiertem unabhängigem Sachverstand ist für eine effektive und effiziente Berücksichtigung von Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege erforderlich" (Schumacher/

Fischer-Hüftle, Bundesnaturschutzgesetz -Kommentar-, § 63 Rdn. 1). Die Arbeit der AG 29 des LNV belegt dies eindrucksvoll.

Die angekündigten Veränderungen des Verbandsklagerechts haben nach meiner Einschätzung eine kontraproduktive Wirkung. Die umfassende fachliche Kompetenz der Verbände kann durch eine hauptamtliche Verwaltung nicht ersetzt werden. Das ist keine neue, sondern eine über drei Jahrzehnte gewachsene Erkenntnis. Die von mir dargestellte Begründung des Gesetzgebers zu den Mitwirkungsrechten der Vereine und Verbände ist uneingeschränkt und auch heute noch maßgebend. Eine Reduzierung oder Abschaffung der Verbandklagerechte berührt massiv wichtige Schutzstandards. Der Abbau von Standards darf aber nicht über den Schutz von Natur und Artenvielfalt gestellt werden. Die seit drei Jahrzehnten geleistete Arbeit des LNV und der als Träger von Mitwirkungsrechten anerkannten Verbände in der „AG 29 des LNV“ ist ein überzeugender und eindrucksvoller Beleg für die Bedeutung des ehrenamtlichen Naturschutzes in Schleswig-Holstein generell. Ein qualitativer und über die Jahre auch- wie sich aus den genannten Zahlen für die bearbeiteten Vorhaben in der AG 29 ergibt- auch quantitativer Beitrag für wirkungsvollen Naturschutz. Die Vorstellungen der neuen Bundesregierung zur Veränderung der Mitwirkungsrechte bei Infrastrukturvorhaben werden aus meiner Sicht nicht zur Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben führen. Aus meiner beruflichen Erfahrung in den unterschiedlichen Funktionen der Landesverwaltung in Schleswig-Holstein mit Natur- und Umweltschutzvorhaben kann ich nur vor einer Einschränkung oder Abschaffung der Mitwirkung der Verbände warnen. Eine solche politische Vorgehensweise führt zu qualitativen und quantitativen Verlusten von Natur und Landschaft. Wir brauchen weiterhin die kompetente Mitwirkung der Verbände!

„DER LNV sieht sich als Anwalt der Natur. Wir sind die Anwälte der Natur hat der LNV als Auftrag der AG-29 formuliert. Ich stimme dem uneingeschränkt zu und danke der AG 29 für fachlich fundierte Arbeit für den Naturschutz seit 1994.
Aber, hat der ehrenamtliche Naturschutz und hier der LNV die Kraft, sich den Begehrlichkeiten zur Nutzung der Natur durch unterschiedliche Gruppierungen der Gesellschaft entgegen zu wirken, wenn sie einseitig an nutzungsbezogenen, beruflichen oder anderen nicht auf den Naturschutz ausgerichteten Interessen festgemacht sind?
Pierre l. Ibisch, Fachhochschule für Nachhaltigkeit Eberswalde – ein gebürtiger Flensburger- hat dazu im Jahrbuch für Ökologie 2017/2018 einen Beitrag mit dem Titel „Wann hören wir die Signale? Ökosystemversagen, Ignoranz und die möglichen Folgen“ (S. 148) verfasst, der aus meiner Sicht den Zeitgeist auch im Jahr 2025 zutreffend darstellt.

„Einige Wochen vor der Bundestagswahl im Herbst 2017 thematisiert der SPIEGEL auf fünf Seiten seiner Wahlkampfberichterstattung den Sommer der Stille von Philip Bethge (SPIEGEL 2017). Mit Bezug auf Rachel Carsons Klassiker, der 1962 die weltweite Umweltbewegung erweckte (Silent Spring), wird trefflich die Situation der Ökosysteme Deutschlands beschrieben: „Fast zwei Drittel der natürlichen

Lebensräume sind hierzulande in Gefahr"; „ausgerechnet das Land der Naturromantiker verliert seine Vielfalt"; „nicht nur in den Getreidegürteln der USA oder auf den Sojafeldern Brasiliens, sondern direkt vor der Haustür, in Deutschland, ist das Vogelkonzert fast verstummt, bleibt der Sommer weithin ohne Grillenzirpen und Schmetterlings-Torkelflug". Nicht nur der erfahrene Agrarökologe Teja Tscharntke, sondern auch Beate Jessel, die (damalige) Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, gehören zu den kompetenten Kronzeugen. Die von Carson beschriebene Dystopie wird Wirklichkeit, und im deutschen Wahlkampf kommt das Thema nicht vor. Der SPIEGEL-Artikel — welch Überraschung — ändert daran nichts. Während die Abendnachrichten immerzu eilfertig vermelden, ob sich das Geschäftsklima gar etwas eingetrübt habe oder die Börse auf die letzte Twitter-Nachricht des US-Präsidenten (damals Donald Trump, der heute wieder regiert) reagieren konnte gibt es allenfalls anlässlich außergewöhnlicher Sonderveranstaltungen einige Kurznachrichten zum Zustand von Natur und Umwelt. Banken und die Automobilkonzerne sind systemrelevant, die Ökosysteme sollen einfach still ihre Arbeit tun.“
Ibisch fügt weiter hinzu: „771 000 Artikel beschäftigen sich mit climate change und biodiversity. Alle diese Schriften in Zeitschriften wie Nature, Science, Conservation Biology und vielen anderen, welche von Wissenschaftlern jeweils über Jahre vorbereitet und durch Heerscharen von Gutachtern bewertet und verbessert werden, stellen ein Vielfaches der Literatur dar, die selbst vom fleißigsten Wissenschaftler jemals gelesen werden kann. Der Masse der Bevölkerung und den dieselbe repräsentierenden Politikern sind die erschlagenden Ergebnisse offenkundig schon lange nicht mehr nahezubringen. Die Menschheit versinkt ignorant in ihrem Fachwissen. Die aktuelle Situation ist allerdings noch nicht hinreichend damit beschrieben, dass Umwelt- und Naturschutzpolitik politische Nicht-Themen sind und zur Verfügung stehendes Wissen nicht genutzt wird. Vielmehr werden jene Wissenschaftler, die angesichts der zahllosen Befunde Sorgen zur Tragfähigkeit der Ökosysteme äußern, zusehends des Alarmismus bezichtigt“. Ich schließe noch ein Zitat von Prof. Dr. Klaus Töpfer an. Töpfer hat dazu zum 80. Geburtstag von Berndt Heydemann im Jahr 2010 eine für mich ebenfalls sehr nachvollziehbare Beurteilung zur Wahrnehmung des gesellschaftlichen Handels abgegeben: „Durch Professor Heydemann wurde mir klar, dass die ständig weiter anwachsenden Roten Listen der vom Aussterben bedrohten Tiere und Pflanzen so etwas wie eine makabere Aktenführung der Wegwerfgesellschaft unserer Zeit sind“(Festschrift zum 80. Geburtstag , Reden zu den Stichworten: Erleben und Erkennen – Helfen und Handeln- Heydemann 80-).

Was können wir als Naturschützerinnen und Naturschützer gegen gesellschaftliche Ignoranz und für politisches Handel für den Naturschutz tun?

Ich zitiere den Auftrag des LNV Schleswig-Holstein: „UNSER AUFTRAG: EINFLUSS NEHMEN“!

Das Anliegen sich gemeinsam für den Schutz der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ihrer Lebensgrundlagen und unserer Kulturlandschaft einzusetzen und das Engagement seiner Mitglieder im Naturschutz und der Landschaftspflege ist Aufgabe und Ansporn des LNV. Unser Hauptanliegen ist die Bündelung aller Kräfte im Natur- und Umweltschutz zugunsten des gemeinsamen Zieles, eine zukunftsfähige Politik für Nachhaltigkeit und Naturschutz zu betreiben. Der LNV hat über die Jahrzehnte Einfluss genommen in Schleswig-Holstein. Er hat sich mit ganzer Kraft dafür eingesetzt, dass **d**em Schutz von Natur und Landschaft entsprechend der Bedeutung als Politikfeld eine angemessene politische Aufmerksamkeit und entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen gewidmet werden**.** Sein Hauptanliegen: Bündelung aller Kräfte im Natur- und Umweltschutz zugunsten des gemeinsamen Zieles, eine zukunftsfähige Politik für Nachhaltigkeit und Naturschutz zu betreiben. Der LNV hat sich dabei nicht nur mit seinen Mitgliedsverbänden dazu auf den Weg begeben, sondern auch in Kooperation mit anderen Partnerorganisationen zusammengeschlossen.

Einige Beispiele für die Einflussnahme des LNV im Sinne des selbst gesteckten Auftrags nach innen und nach außen:

In einer sogenannten **„grünen Mappe“,** die von 1979 bis 1994 erschien, wurden fachliche und naturschutzpolitische Themen behandelt.

Die 1. „Grüne Mappe" von 1979, behandelte : „Mindestraum eines Ökosystems, Biotopschutzzonen-Konzept, Schutzwürdigkeit, Biotop-Kartierung, Biotop-Typen, Ausweisung von Naturschutzgebieten, finanzpolitisches Denken zur Förderung von Praxis und Forschung des Naturschutzes, Pflege von Schutzgebieten, Wattenmeer als Naturschutzfläche, Renaturierung, ehrenamtliche Kräfte im Naturschutz, biogenetische Zonen. Alles dies waren Themen, die Heydemann ab 1988 als Umweltminister in Schleswig-Holstein versuchte umzusetzen“ (Ekkehard Schmidt, 30 Jahre LNV- 150 Jahre Naturschutz in Schleswig-Holstein, S.117).

Im Jahr 2003 wurde auf der Ordentlichen Mitgliederversammlung des LNV das Positionspapier und Handlungskonzept "Unsere Umwelt - Unser Leben" verabschiedet. Mit Bezug auf dieses Positionspapier und Handlungskonzept erschien in den Jahren

2003 bis 2008 das "NaturschutzBulletin Schleswig-Holstein", in denen u.a. Anregungen und Hinweise aus den LNV-Mitgliedsverbänden aufgegriffen wurden. Das "NaturschutzBulletin Schleswig-Holstein" erschien jährlich mit Ausnahme des Jahres 2006 (2003, 2004, 2005, dann: 2007, 2008).

Einige Stichworte aus den jährlichen Themen der Naturschutzbulletins:
Mai 2003 : NATURA 2000: Planungssicherheit schaffen; LANDESNATURSCHUTZGESETZ: Umsetzung vorantreiben; EU-WASSERRAHMENRICHTLINIE: Ehrenamtliches Engagement stärken; WINDENERGIE: Ausbau naturverträglich gestalten; A 20: Alternativlösungen voranbringen; **F**ESTE FEHMARNBELT-QUERUNG: Fähranbindungen optimieren

Juni 2004: NATURA 2000: Verbund des Naturerbes stärken; LANDESWALDGESETZ: Vorbildfunktion der Landeswälder befördern; EU-WASSERRAHMENRICHTLINIE: Finanzmittel effektiv einsetzen; MILITÄRISCHE ÜBUNGSFLÄCHEN: Langfristig für den Naturschutz sichern; FLÄCHENVERBRAUCH: Flächenrecycling und Alternativlösungen voranbringen; FLUGHAFENAUSBAU: Klima schützen und Subventionen stoppen;

Juli 2005: UNSERE UMWELT – UNSER LEBEN: BürgerInnen für Naturschutz gewinnen; REFORM DER UMWELTVERWALTUNG: Naturschutzstandards erhalten; FESTE FEHMARNBELT-QUERUNG: Tunnel statt Brücke; NATURA 2000: Grünland fördern und Gebietsmanagement voranbringen;

- ZUGANG ZU UMWELTINFORMATIONEN: Bürgerrechte stärken;

Januar 2007: UNSERE UMWELT – UNSER LEBEN: Mehr Natur erleben; LANDESNATURSCHUTZGESETZ: Intention „Schutz der Natur“ voranstellen; REFORM DER LANDESFORSTEN: Wohlfahrtsleistungen sicherstellen; KABELANBINDUNG VON OFFSHORE-WINDPARKS: Bündelung im Nationalpark; BIOMASSENUTZUNG: Kriterien für umweltverträglichen Anbau formulieren; FERIENZENTRUM PORT OLPENITZ: Naturschutz Raum lassen;

Juli 2008: KLIMASCHUTZ: Moorschutzprogramm verwirklichen; STIFTUNG GRÖNAUER HEIDE: Vertragsnaturschutz neuer Dimension; EU-WASSERRAHMENRICHTLINIE: Gewässerschutz vor Biomasseanbau stellen; A 20 WESTUMFAHRUNG HAMBURG: Neue Linienbestimmung erforderlich? NATIONALPARK WATTENMEER: Klare Zeichen pro Nationalpark setzen! ÖKOKONTO: Kompensationspraxis verbessern.

Viele der vom LNV behandelten Themen und erhobenen Forderungen sind, haben Eingang in politische Prozesse gefunden und sind verwirklicht worden.

Weiter eine exemplarische Auflistung zu vielfältigen Themen und Bereichen:

- 9. März 2011

Novellierung des Landeswaldgesetzes darf nicht zu Lasten der Biologischen Vielfalt gehen!

Die beabsichtigte Ausrichtung des Gesetzes konterkariert alle Bemühungen zum Schutz der biologischen Vielfalt im Wald, da sie vorrangig an holzwirtschaftlichen Aspekten orientiert ist. Die Grundsätze für die nachhaltige und naturnahe Bewirtschaftung der Wälder wird zugunsten einer kurzfristigen gewinnmaximierenden Holznutzung massiv aufgeweicht. Die sogenannte „gute fachliche Praxis“, die bisher bundesweit Vorbildcharakter hatte, wird auf ein Minimum an Umweltkriterien reduziert. Sie wird zu einer Reduzierung der Schutz- und Erholungsleistungen des Waldes führen. Um die biologische Vielfalt im Wald zu erhalten, muss die Natur im Wald auch dort Platz haben, wo Holz genutzt wird. Heute häufige Arten dürfen nicht selten werden und die Natur nicht nur in Reservate oder auf unrentable Flächen verbannt werden.

Der LNV fordert die Fraktionen im Landtag dazu auf, am bestehenden Gesetz festzuhalten.

- 5. April 2011

Kein massiver Freileitungsbau für Ökostrom erforderlich
Der LNV fordert, dass die Atommeiler endgültig vom Netz genommen werden, damit die Stromnetze für die Aufnahme des Windstromes frei werden.

- 16. Mai 2011

Stellungnahme an den Schleswig-Holsteinischen Landtag für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2011
Weitere Zahlung von Agrarbeihilfen sollen nur für öffentliche Leistungen erfolgen. Jedes zukünftige Subventionssystem muss die Erfüllung von Mindeststandards des Natur- und Umweltschutzes honorieren. Der LNV befürwortet dabei ein möglichst einfaches und effektives System.

- 10. November 2013

Weiterbau der A20 völlig neu denken!
Fachverstand statt Schnellschusspolitik gefragt

- 12. März 2015

A 20-Elbquerung: LNV reicht Klage wegen der Elbquerung A 20 beim Bundesverwaltungsgericht ein
Nach intensivem Beratungsprozess hat der Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. (LNV) wegen der unzureichenden Beachtung des Natur- und Umweltschutzes Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss für die Elbquerung der A 20 auf schleswig-holsteinischer Seite beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig (BverwG) eingereicht.

- 23. Juni 2020

Tag der Buchenwälder: Lebensraum Wald wertschätzen!
Die großen Naturschutzverbände Schleswig-Holsteins fordern, alte Waldstandorte zu schützen und eine naturnahe Waldwirtschaft mit standortheimischen Baumarten zu betreiben.

- 16. Dezember 2020

Konflikte zwischen Landnutzung und Naturschutz gemeinsam lösen! LNV mit den Naturschutzverbände in Schleswig-Holstein:
Wildgänse sind wichtiger Teil unseres Naturerbes. Fraß-Schäden nicht durch Bestandsreduzierungen lösen, sondern gemeinsam mit allen Akteuren ein effektives Management der Gänse im Einklang mit gesetzlichen Schutzbestimmungen entwickeln und Schäden ausgleichen.

- 12.11.2021

Resolution – Jahreshauptversammlung - Mitgliedsverbände des LNV Schleswig-Holstein zu einer integrativen Moorschutzstrategie Schleswig-Holsteins
Der LNV Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung auf, sich verstärkt für den Schutz der heimischen Moore einzusetzen und die im Rahmen der Resolution geforderten Maßnahmen in den nächsten Jahren in Angriff zu nehmen und umzusetzen.
Moore sind faszinierende und zugleich gefährdete Ökosysteme, die durch hohe Kohlenstoffanreicherung im Boden gekennzeichnet sind und in verschiedenen Formen auftreten, z.B. Hochmoore, Niedermoore, Anmoore. Vom Menschen unbeeinflusste Moore sind Lebensräume für hochspezialisierte Pflanzen und Tiere und für eine effektive Kohlenstoffspeicherung in ihren Torfen. Sie halten als Übergangszonen zwischen Land- und Gewässerökosystemen Nährstoffe zurück und wirken ausgleichend auf das regionale Klima. Als Folge von Entwässerung mit dem Ziel, sie für die land- und forstwirtschaftliche Produktion zu nutzen, haben Moore mittlerweile in den meisten Ländern Mitteleuropas ihre positiven Funktionen für den Landschaftshaushalt verloren.

- 01.02.2022

Völlig verfehlte Forderungen der Windkraftlobby & Co in Schleswig-Holstein Umweltverbände warnen vor Wildwuchs beim Ausbau der erneuerbaren Energien
Bezugnehmend auf die Pressemitteilung der Interessenverbände der Erneuerbaren Energie-Branche, veröffentlicht z.B. in den KN vom 27.1.2022 ("Ruf nach mehr Fläche für Windräder") fordern die großen Umwelt- und Naturschutzorganisationen in Schleswig-Holstein gemeinsam eine naturverträgliche Erzeugung der erneuerbaren Energien.

Die von den Landesverbänden der Erneuerbaren Energien auf ihrem Neujahrsempfang an die Landesregierung gestellten Forderungen, die Flächen für die Windkraft auf über drei Prozent auszuweiten, Einschränkungen für die Freiflächen-Photovoltaik fallen zu lassen und die Biogasanlagen auszubauen, haben bei den Naturschutzverbänden NABU, BUND, BBN und LNV die Alarmglocken schrillen lassen.

- 29.04.2022

Landwirtschafts- und Naturschutzverbände mit Treckern vor dem Landtag Landesnaturschutzbeauftragter Schleswig-Holstein, Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V., Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.), Bundesverband deutscher Milchviehhalter e.V., Land schafft Verbindung
Neue Landtagsregierung muss politischen Rahmen setzen für viele Höfe, Klimaschutz, Artenvielfalt und regionale Ernährungssysteme
Die Verbände sind sich einig, dass eine zukunftsfähige Landwirtschaft vornehmlich in regionalen Kreisläufen wirtschaftet, klima- und ressourcenschonend sein muss sowie Tierwohl und Artenvielfalt stärken muss. Dafür braucht es viele und vielfältige Höfe.

- **27. Juni 2023**

Konsultationsprozess zum Ostsee-Nationalpark wird begrüßt
Der LNV begrüßt den von der Landesregierung initiierten Konsultationsprozess zur möglichen Einrichtung eines Nationalparks Ostsee ausdrücklich. Der mehrheitlich ungenügende ökologische Zustand der Ostsee, auch in bestehenden Schutzgebieten, macht einen besseren Schutz der Ostsee als Lebensraum für zahlreiche gefährdete Arten dringend notwendig.

- **18. Januar 2024**

Mehr Anstrengung ist notwendig für eine deutliche und dauerhafte Senkung des Flächenverbrauchs in Schleswig-Holstein!
Der Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. (LNV) fordert die Landesregierung auf, sich umgehend stärker für die effektive Reduktion der Neuinanspruchnahme von Freiflächen bis 2030 (unter 1,3 Hektar pro Tag) einzusetzen und die unvermindert hohe Neuinanspruchnahme von Flächen in Schleswig-Holstein zu stoppen.
Aktuell werden in Schleswig-Holstein im Mittel täglich fast 4 ha/Tag überbaut.

- **25. März 2025**

Naturschutzverbände fordern zügiges gemeinsames Handeln der Landesregierung beim Ostseeschutz

Bei einem Treffen mit Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther, Umweltminister Tobias Goldschmidt und Landwirtschaftsminister Werner Schwarz forderte ein Bündnis aus Ostsee-Naturschutzverbänden dazu auf, den vor einem Jahr vorgestellten Aktionsplan Ostseeschutz zügig umzusetzen. Staatskanzlei und alle Ministerien sollten dabei an einem Strang ziehen.

- **13.05.2025**

Wiederherstellen statt wieder fallen lassen

• Umweltverbände fordern klares Bekenntnis zur EU-Wiederherstellungsverordnung
• Naturschutz aufzuschieben, bedeutet höhere Kosten in der Zukunft,
• Verbände bieten konstruktive Mitarbeit an Umsetzung der WVO an.

- **14.05.2025**

Wertvolle Beteiligung, aber zu wenig Verbindlichkeit
Nach den vier Regionalkonferenzen der Landesregierung Schleswig-Holsteins zum Aktionsplan Ostseeschutz 2030 (APOS) ziehen die Ostsee-Naturschutzverbände eine gemischte Bilanz. Zwar wird das Engagement der Landesregierung ausdrücklich begrüßt, doch bleiben zentrale Kritikpunkte zur Wirksamkeit und Verbindlichkeit der Schutzmaßnahmen bestehen.
Der APOS ist allerdings nur ein erster Schritt, denn der Verzicht auf einen Nationalpark Ostsee wird von den Verbänden nach wie vor eine verpasste Chance eingeschätzt. Ein Nationalpark hätte ein starkes, international anerkanntes Instrument dargestellt, um den Schutz der Ostsee langfristig zu sichern. Hier sehen die Verbände nach wie vor Gesprächsbedarf.
Trotz des politischen Bekenntnisses zum APOS fehlt es aus Sicht der Verbände aber an der konsequenten Umsetzung. Insbesondere die neuen Schutzgebiete erfüllen nicht die Anforderungen an den sogenannten „strengen Schutz“, wie ihn die EU-Biodiversitätsstrategie fordert. Dort sollen natürliche Prozesse ungestört ablaufen können und menschliche Eingriffe weitestgehend ausgeschlossen sein.
„Ein echter strenger Schutz bedeutet: keine motorisierten Wasserfahrzeuge, kein Wassersport, keine Freizeitnutzung, die den Lebensraum beeinträchtigt–und das nicht nur im Winterhalbjahr, sondern ganzjährig“, betonen die beteiligten Verbände. Lediglich Maßnahmen, die dem Naturschutz, der wissenschaftlichen Forschung und der Abwehr von Gefahren für Mensch und Natur dienen, dürften in solchen Gebieten stattfinden. Hier fordern die Verbände konkrete gesetzliche Regelungen statt unklarer Empfehlungen.

„Ebenso fordern wir eine Ausweitung der Schutzgebietskulisse, denn 12,5 % sind erst der Anfang. Laut EU-Biodiversitätsstrategie müssen 30 % der gesamten Meeresflächen bis zum Jahr 2030 gesetzlich geschützt und laut EU-Wiederherstellungsverordnung von 2024 im selben Zeitraum mindestens 30 % der geschädigten Ostsee-Lebensräume wiederhergestellt werden“, ergänzen die Umweltschützerinnen und Umweltschützer.

Mein Fazit:

Der Landesnaturschutzverband mit seinen Mitgliedsverbänden ist eine der tragenden Säulen des ehrenamtlichen Naturschutzes in Schleswig-Holstein. Seine vielfältigen im Verband vorhandenen fachlichen Kompetenzen hat er in den zurückliegenden Jahrzehnten erfolgreich für den Schutz und Erhalt und die Wiederherstellung von Natur und Landschaft eingesetzt. Dieser Einsatz der Mitglieder des Verbandes wird geschätzt und macht ihn vermehrt zu einem anerkannten und verlässlichen Kooperationspartner für andere Verbände aus dem Naturschutz in Schleswig-Holstein. Für die Kampagne Fähigkeit des ehrenamtlichen Naturschutzes im gesellschaftlichen Bereich ist das eine wichtige Voraussetzung, um dem Naturschutz in Schleswig-Holstein Gewicht und Stimme zu verleihen. Die Begehrlichkeiten in der Nutzung der Naturgüter finden bisher in der Gesellschaft kein Maß und keinen Einhalt. Unsere Zivilgesellschaft braucht Anwälte, die sich für die Natur stark machen. Der LNV mit seinen Mitgliedsverbänden ist so ein starker Anwalt für die Natur und hat dies in den fünf Jahrzehnten praktiziert. Ich wünsche dem LNV und seinen Mitgliedsverbänden, den engagierten Mitgliedern für die Zukunft viel Kraft und Zuversicht, Erfolg und Gesundheit.

Ich möchte mit einem Zitat abschließen:

„Der Reichtum eines Landes bestimmt sich auch durch den Wert seines Naturvermögens. Naturschutz beinhaltet letztlich auch eine Erhöhung der Lebensqualität. Das Naturschöne hat keinen geringeren Stellenwert als das Kunstschöne. Dem Schutz von Natur und Landschaft sollten künftig eine der Bedeutung dieses Politikfelds angemessene politische Aufmerksamkeit und entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen gewidmet werden (Fazit SRU 2002 -Für eine Stärkung und Neuorientierung des Naturschutzes- Ziffer 6.8, S.170).“

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit